

SDG 16: FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN – KEIN FRIEDEN OHNE RECHTSSTAAT

Dr. Frauke Bachler, Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V.

Kann ich dem Staat und seinen Institutionen vertrauen oder kann ich es nicht? Das sechzehnte Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen von 2015 mag abstrakt klingen. Dahinter verbergen sich aber lebensbeeinflussende Fragen:

Werde ich aufgrund meines Geschlechts, meiner Sprache, meiner Heimat und Herkunft, meines Glaubens, meiner religiösen oder politischen Anschauungen verfolgt oder wegen meiner Behinderung benachteiligt? Darf ich meine Meinung frei äußern? Habe ich dieselben Rechte wie andere? Finden freie, gleiche und geheime Wahlen statt oder regieren Machthaber ohne Beteiligung des Volkes? Sind meine Grundrechte in einer Verfassung verankert? Kann ich meine Grundrechte vor einem Verfassungsgericht einklagen? Kann ich gegen Willkürakte staatlicher Behörden gerichtlich vorgehen? Muss ich mit grundloser oder willkürlicher Verhaftung rechnen? Muss ich Folter im Gefängnis fürchten oder dass man mich einfach verschwinden lässt? Kann ich meine Rechte vor Gericht geltend machen? Ist das Verfahren schnell und fair? Finde ich einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin, die mich auch gegen übermächtige Gegner oder den Staat vertritt? Ist das Gericht unabhängig oder staatlicher Kontrolle unterworfen? Muss ich fürchten, jederzeit Opfer eines Verbrechens zu werden? Werden Täter konsequent



Dr. Frauke Bachler, Hauptgeschäftsführerin der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (Foto: Verena Müller/Stuttgart, mit freundlicher Genehmigung des Ministeriums der Justiz und für Europa Baden-Württemberg)

verfolgt? Sind Politik, Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz machtlos oder drücken gar die Augen zu, weil Terroristen, Kartelle oder Mafia Gewalt, Macht und Geld einsetzen?

Ein funktionierender Rechtsstaat – unverzichtbar für gesellschaftliche Entwicklung

Eine Gesellschaft ist nur friedlich, gerecht und inklusiv, wenn sie Sicherheit garantiert, den gleichen Zugang für alle zur Justiz gewährleistet und die Menschenrechte achtet. Das setzt gute Regierungsführung auf allen Ebenen voraus. Staatliche und gesellschaftliche Institutionen müssen transparent handeln und leistungsfähig sein. Sie müssen den Menschen Rechenschaft

über ihr Handeln ablegen und sich der öffentlichen Diskussion mit dem Ziel stellen, das Vertrauen der Zivilgesellschaft in rechtsstaatliche Strukturen zu stärken.

Die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ) unterstützt seit fast 30 Jahren als eine auf internationale Rechtsstaatsförderung spezialisierte Institution ihre Partnerstaaten bei der Reformierung des Rechtssystems und des Justizwesens und trägt damit zur Verwirklichung der in SDG 16 (Sustainable Development Goal) definierten Ziele bei. Die IRZ baut grenzüberschreitende Brücken zwischen Rechtssystemen und der Rechtspraxis. Ihr Auftraggeber ist die Bundesregierung. Die IRZ arbeitet derzeit in sechs Schwerpunktregionen: Westbalkan, Afrika, Naher Osten,

“ *Eine Gesellschaft ist nur friedlich, gerecht und inklusiv, wenn sie Sicherheit garantiert, den gleichen Zugang für alle zur Justiz gewährleistet und die Menschenrechte achtet.* ”

Osteuropa, Südkaukasus und Asien. Ausgewählte Expertinnen und Experten unterstützen durch Gesetzgebungs- und Rechtsanwendungsberatung bei Reformen der Justiz, der Verwaltung, der Anwaltschaft oder des Notariats. Finanziert werden die Projekte durch Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, des Auswärtigen Amtes oder Projektmittel der EU. Im Kuratorium und im Verein sind unter anderem Mitglieder des Deutschen Bundestags, der Schlüsselministerien, alle zentralen juristischen Berufsorganisationen, die Landesjustizverwaltungen sowie Dachorganisationen der Wirtschaft vertreten.

Situative, flexible und nachhaltige Rechtsstaatsförderung

Zunächst bedarf es immer einer Kontextanalyse: Was soll erreicht werden und wo sehen die Kooperationspartner den Bedarf? Die Formate, Ziele und Partner, staatliche und nichtstaatliche Akteure, richten sich nach der Situation in der jeweiligen Gesellschaft. Kooperationen mit den Partnerstaaten sind auf Dauer angelegt, damit sie nachhaltig wirken. Ganz konkret treffen sich zum Beispiel Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter aus Deutschland

und der Ukraine, um über die Organisation des Verfassungsgerichts oder die Voraussetzungen und die Umsetzung einer Verfassungsbeschwerde zu beraten. In Moldau musste erst vermittelt werden, dass die Überprüfung staatlichen Handelns durch unabhängige Verwaltungsgerichte keine staatlichen Interessen bedroht. Nun existiert eine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Im Strafrecht muss nach unserem Rechtsverständnis gelten, dass allein der Gesetzgeber regeln kann, was eine Straftat ist. Im Strafprozessrecht werden Rechte des Angeklagten und ihre Verankerung im Gesetz diskutiert. Ein großes Projekt in Algerien hatte das Ziel, eine menschenrechtskonforme Behandlung von Inhaftierten bei der Aufnahme und während des Vollzugs zu erreichen; im Ergebnis konnten an die Strafvollzugsbeamten in allen Haftanstalten eigens erarbeitete Handbücher verteilt werden. In Ägypten standen Frauenrechte in der Justiz im Mittelpunkt. Die IRZ engagiert sich bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zum Beispiel mit einem Projekt in Albanien zum Thema Vermögensabschöpfung oder sie organisiert Maßnahmen zum Thema Korruptionsprävention in Kasachstan. In Armenien ist einer der Kooperationspartner der Sonderermittlungsdienst, eine auf die Bekämpfung von Korruptionsstraftaten spezialisierte Staatsanwaltschaft. In Montenegro stand in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation

MANS (Netzwerk zur Förderung der montenegrinischen Zivilgesellschaft) die Finanzierung von Wahlen und politischen Parteien im Fokus. In nahezu allen Partnerstaaten steht die Frage auf den Tagesordnungen, wie die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt und deren Effektivität gesteigert werden kann.

Rechtsstaatliche Bildung als Schlüssel für rechtsstaatliche Werte

Das Bewusstsein für Demokratie, Menschenrechte, Zugang zur Justiz, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit muss in jeder Generation von Anfang an geschaffen werden. Großen Wert legt die IRZ daher auf die Aus- und Weiterbildung von Studierenden sowie jungen Berufsträgerinnen und Berufsträgern. Kooperationen bestehen mit Universitäten in den Partnerstaaten, die Studiengänge zum deutschen oder europäischen Recht anbieten, zu Rechtsakademien und beruflichen Netzwerken. Hospitationsprogramme in Deutschland in deutscher, englischer und französischer Sprache ermöglichen jedes Jahr Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie Notarinnen und Notaren mehrwöchige Einblicke in die deutsche Rechtspraxis. Für geflüchtete Rechtskundige aus dem arabischen Raum bestehen Seminar- und Hospitationsangebote in Deutschland, in denen sie sich mit dem deutschen Rechtssystem vertraut machen können. Nicht zuletzt deshalb, weil in einer Gesellschaft immer wieder neue Generationen von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und Justiz heranwachsen, ist Rechtsstaatsförderung eine Generationenaufgabe.



“ *Das Bewusstsein für Demokratie, Menschenrechte, Zugang zur Justiz, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit muss in jeder Generation von Anfang an geschaffen werden.* ”

AKTUELLES

Deutscher Menschenrechts-Filmpreis

Der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis ist in die 12. Wettbewerbsrunde gestartet. Bis zum 31. Juli 2020 können Kino- und Fernsehfilme sowie Webvideos eingereicht werden, die in folgende Kategorien gehören: Lang- und Kurzfilme aus professionellen Produktionen, Produktionen von Studierenden sowie von nichtkommerziell arbeitenden Filmemacher*innen. Zusätzlich wird ein Bildungspreis für Filme ausgelobt, die sich in besonderer Weise zum Einsatz in der Schule und Bildungsarbeit eignen. Alle Filme müssen nach dem 31. Dezember 2017 fertiggestellt worden sein. Die Preisverleihung findet am 5. Dezember 2020 in Nürnberg statt. Der bundesweite Menschenrechts-Filmpreis ist ein unabhängiger Medienwettbewerb. Er wird von

21 Organisationen der Zivilgesellschaft gestaltet, finanziert und durchgeführt. Dazu gehören u. a. das Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, das Deutsche Institut für Menschenrechte und der Deutsche Anwaltverein e. V.

Info: Deutscher Menschenrechts-Filmpreis, Religionspädagogisches Zentrum Medienhaus, Evangelische Medienzentrale, Marktplatz 19, 91560 Heilsbronn, Ansprechpartner: Steffen Kircher, Tel. 09872 509-221, kircher[at]menschenrechts-filmpreis.de, www.menschenrechts-filmpreis.de

Vietnamesische Gemeinschaft spendet Masken für die deutsche Bevölkerung

In den letzten Wochen haben sich vietnamesische Vereine und Einzelpersonen bundesweit engagiert, um einen Beitrag zum gemeinsamen Kampf gegen die Corona-Pandemie in Deutschland zu leisten. Sie haben Nase- und Mundbedeckungen aus Stoffen genäht. Zudem kochten vietnamesische Gastronomiebetriebe täglich Hunderte von Speisen, die sie unentgeltlich an medizinische Pflegekräfte in Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern und Rettungsdiensten abgaben. Darüber hinaus hat eine Gruppe von vietnamesischen Vereinen, Unternehmen und Privatpersonen eine bundesweite Spendenaktion in der vietnamesischen Gemeinschaft in Deutschland gestartet, um Geld zu sammeln und 100.000 Nase-Mund-Masken aus Vietnam als Geschenk für die deutsche Bevölkerung zu beschaffen. Die vietnamesische Community in Deutschland setzt damit ein Zeichen der Dankbarkeit und Solidarität für ihre „zweite Heimat“. Die Initiative stellt auch einen Beitrag zum 45-jährigen Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Vietnam und Deutschland dar. Die Masken

wurden von Vietnam Airlines kostenfrei von Hanoi nach Frankfurt transportiert. Mit Hilfe des World University Service, der seit vielen Jahrzehnten in Vietnam Bildungsprojekte durchführt und vietnamesische Studierende und Wissenschaftler*innen in Deutschland berät und betreut, wurden die Nase-Mund-Masken aus Vietnam auf die 16 Deutschen Länder verteilt. Dort wurden sie u. a. an Frauenhäusern, der Tafel und weiteren Stellen eingesetzt.

Info: Dipl. Phil. Duc Thang Nguyen (BDÜ), Tel. 01708603678, info[at]nguyenducthang.com; World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e. V., Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden, Ansprechpartner: Dr. Kambiz Ghawami, Tel. 0611 446648, ghawami[at]wusgermany.de, www.wusgermany.de

MATERIALIEN

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes: Kompass 2020

Die Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland haben im Mai 2020 den „Kompass 2020. Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik“ veröffentlicht. Darin fordern die Herausgeber*innen die Bundesregierung dazu auf, angesichts der COVID-19-Pandemie die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aufzustocken. Deutschland müsse die international verpflichtende ODA-Quote (Official Development Assistance) von 0,7 Prozent, d. h. den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, erreichen. Die Broschüre umfasst in Teil I eine Analyse der Deutschen ODA-Zahlen,

Teil II ist den Kinderrechten und Teil III dem Thema Hunger als Kriegswaffe gewidmet. Die 50-seitige Broschüre ist die Weiterentwicklung des jährlichen Berichts „Wirklichkeit der Entwicklungspolitik“, der seit 1993 herausgegeben wird. Er unterzieht die deutsche Entwicklungspolitik einer kritischen Analyse und berücksichtigt insbesondere die Anforderungen, die die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung an die deutsche Politik stellt.

Info: Deutsche Welthungerhilfe e. V., Friedrich-Ebert-Str. 1, 53173 Bonn, Tel. 0228 2288-0, policy[at]welthungerhilfe.de, www.welthungerhilfe.de; terre des hommes Deutschland e. V., Ruppenkampstr. 11A, 49084 Osnabrück, Tel. 054 7110-0, info[at]tdh.de, www.tdh.de

Bericht der UNESCO-Projektschulen zur Demokratiebildung an Schulen

Wie lässt sich Demokratiebildung an Schulen verankern, leben und entwickeln? Wie können Schüler*innen in ihrer Handlungskompetenz fächerverbindend durch konkrete Impulse und Projektideen gestärkt werden? Welche Projekte zu kultureller Bildung und Global Citizenship Education tragen zur Demokratiebildung bei? Der Ergebnisbericht der Fachtagung der UNESCO-Projektschulen zur Demokratiebildung nimmt diese Fragen auf und gibt Impulse und Materialhinweise für die Gestaltung neuer Formate der Bildungsarbeit in Schulen rund um die Themen Demokratie und Menschenrechte. Zur Toolbox für Demokratiebildung gehören z. B. die Klassenräte, das Konzept des Verlernens, die kritische Auseinandersetzung mit Afrikabildern und Spurensuche vor Ort zu Demokratie(-geschichte). Zudem fasst der Bericht die Ergebnisse, Vorträge und Diskussionen der Fachtagung der UNESCO-Projektschulen zusammen. Die Tagung fand vom 17. bis 21. September 2019 in Kassel statt. Der Bericht steht auf der UNESCO-Website unter „Publikationen“ zum kostenfreien Download bereit.

Info: Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Martin-Luther-Allee 42, 53175 Bonn, Tel. 0228 60497-139, [bundeskoordination\[at\]unesco.de](mailto:bundeskoordination[at]unesco.de), www.unesco.de/projektschulen

Tutmonde: Broschüre zur Agenda 2030 aus migrantischer Perspektive

Die Organisation Tutmonde e. V. bietet die Broschüre „Nachhaltige Entwicklung? Nur mit uns!“ jetzt auch zum kostenfreien Download auf ihrer Website www.tutmonde.eu an. Die Broschüre informiert über die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030. Die Erläuterungen zu den Nachhaltigkeitszielen werden jeweils durch einen Infokasten in Leichter Sprache und anschauliche, internationale Handlungsbeispiele aus dem privaten und öffentlichen Bereich ergänzt. Die Broschüre, die von der Landeszentrale für politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern gefördert wurde, eignet sich für schulisches und außerschulisches Lernen. Die 2006 gegründete Organisation Tutmonde befasst sich mit nachhaltiger Entwicklung und setzt sich dafür ein, dass Mädchen und Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, LSBTI*, Kinder, junge und alte Menschen in ihrer gesellschaftlichen Position gestärkt werden.

Info: Tutmonde e. V., Triebseer Damm 76, 18437 Stralsund, Tel. 0173 8776565, [info\[at\]tutmonde.eu](mailto:info[at]tutmonde.eu), www.tutmonde.eu

ANGEBOTE

Video zu Nachhaltigkeitsziel 16 der Stiftung Nord-Süd-Brücken

Die Stiftung Nord-Süd-Brücken hat zum Ziel, die Begegnung zwischen Menschen aus Nord und Süd zu fördern. Auf ihrer Website präsentiert sie ein Video, das vielfältige Dialoge zum Nachhaltigkeitsziel 16 umfasst. Engagierte des Programms „Weltoffen-Solidarisch-Dialogisch“ (WSD) haben Menschen in Ostdeutschland befragt, was für sie eine friedliche und inklusive Gesellschaft ausmacht und unter welchen Bedingungen ihrer Meinung nach das Nachhaltigkeitsziel 16 in ihrer Region erfüllt ist. Auch über die Frage, wer etwas tun muss, um das Nachhaltigkeitsziel 16 Realität werden zu lassen, wird gesprochen. Mit dem Projekt leistet die Stiftung fünf Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einen Beitrag zur Diskussion über die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Info: Stiftung Nord-Süd-Brücken, Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Tel. 030 42851385, [info\[at\]nord-sued-bruecken.de](mailto:info[at]nord-sued-bruecken.de), www.nord-sued-bruecken.de

peace brigades international: Rollenspiel „Menschenrechte im offenen Gerichtssaal“

Die Friedens- und Menschenrechtsorganisation peace brigades international (pbi) hat das Rollenspiel „Menschenrechte im offenen Gerichtssaal“ entwickelt. Die Fragen, die in dem Spiel behandelt werden, sind dem Zusammenhang von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gewidmet: Was geschieht in einer Gesellschaft, wenn Unrecht nicht sanktioniert wird? Was für einen Einfluss hat die internationale Gemeinschaft auf Unrechtsprozesse? Das angeleitete Planspiel richtet sich an Schüler*innen der 7. bis 12. Klasse und baut auf einem realen Fall aus Südmexiko auf. Im Rollenspiel schlüpfen die Schüler*innen in die Rolle eines zu Unrecht des Mordes angeklagten mexikanischen Bauern, eines korrupten Richters, eines gekauften Zeugen und eines internationalen Prozessbeobachters. Sie erfahren dadurch den Stellenwert von Rechtsstaatlichkeit. Informationen zu weiteren Bildungsprojekten und Gebühren sind auf der Website von pbi unter „Bildungsprojekt“ und „Für Jugendliche und Erwachsene“ zu finden.

Info: peace brigades international (pbi) - Deutscher Zweig e. V., Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg, Ansprechpartnerin: Sarah Fritsch, Tel. 040 3890437-20, [sarah.fritsch\[at\]pbi-deutschland.de](mailto:sarah.fritsch[at]pbi-deutschland.de), www.pbideutschland.de



AUS EUROPA, BUND UND LÄNDERN

WELT/EUROPA

Globale Bildungskampagne zu COVID-19: Schutz des Rechts auf Bildung

Mehr als 1,5 Milliarden Schüler*innen in 191 Ländern sind aufgrund der Corona-Pandemie von Schulschließungen betroffen. In einer von 73 Organisationen unterzeichneten Stellungnahme ruft die Globale Bildungskampagne Regierungen und internationale Organisationen dazu auf, das Recht auf Bildung in Krisenzeiten zu schützen und Rückschritte bei der Umsetzung des vierten Ziels der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu verhindern. Zu den Menschen, deren Zukunftschancen durch COVID-19 am gefährdetsten sind, gehören Mädchen, Frauen, Menschen mit Behinderung sowie Geflüchtete und 75 Millionen Kinder, die in Krisen- und Katastrophengebieten leben. Die Stellungnahme umreißt kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen. Kurzfristig müssen kreative und innovative Lösungen gefunden werden, um alle Lernenden unabhängig von ihren Lebensumständen zu erreichen, ohne dabei Ungleichheiten zu vergrößern oder die Kommerzialisierung von Bildung voranzutreiben. Die Globale Bildungskampagne erinnert daran, dass Bildung gerade in Krisenzeiten dazu beiträgt, Wohlstand und Gerechtigkeit zu schaffen sowie Gleichberechtigung und Inklusion zu erreichen.

Info: Globale Bildungskampagne, c/o Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Ansprechpartnerin: Maren Jesaitis, Tel. 030 453069-650, [info\[at\]bildungskampagne.org](mailto:info[at]bildungskampagne.org), www.bildungskampagne.org

Konferenz von BMBF und Europäischer Kommission „Revitalising Democracy in Times of Division“

Vom 28. bis 29. Oktober 2020 findet in Bonn die Konferenz „Revitalising Democracy in Times of Division“ statt. Anlass für die Veranstaltung ist die anstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Die Konferenz, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Europäischen Kommission ausgerichtet wird, behandelt Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Europa und die Weiterentwicklung demokratischer Gesellschaften. Es wird diskutiert, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gefördert werden kann und welche Erkenntnisse aus den Sozial- und Geisteswissenschaften dazu vorliegen. Konferenzsprache ist Englisch. Weitere Informationen sind auf der Konferenzwebsite des BMBF unter www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/en/Conference-Revitalising-Democracy-in-Times-of-Division-1686.html zu finden.

Info: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Heinemannstr. 2, 53175 Bonn, Tel. 0228 9957-0, [bmbf\[at\]bmbf.bund.de](mailto:bmbf[at]bmbf.bund.de), www.bmbf.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Indikatorenbericht zu Nachhaltigkeit

Die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) hat den Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg 2019 veröffentlicht. Der Bericht wird in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, den Fachministerien für Umwelt, Verkehr, Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Justiz, Soziales, Kultus sowie dem Staats- und Innenministerium erstellt. Er umfasst 59 Indikatoren und ein Ampelsystem und macht so die nachhaltige Entwicklung im Land messbar. Der Hauptteil des Berichts ist in fünf Kapitel gegliedert, darunter „Ökologische Tragfähigkeit“ und „Teilhabe und Gutes Leben“. Die Indikatoren orientieren sich an den 17 Leitsätzen für eine nachhaltige Entwicklung Baden-Württembergs von 2018. Um die Vergleichbarkeit der Nachhaltigkeitsleistungen zwischen Bund und Ländern zu gewährleisten, ist das Set an die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie angepasst. Auch an internationale Standards schließt der Bericht durch die Verknüpfung mit den Nachhaltigkeitszielen der UN-Agenda 2030 an. Dabei wird zugleich ein Gestaltungsspielraum für typische Themen und Schwerpunkte in Baden-Württemberg gelassen. Der vierte Indikatorenbericht ist für 2022 geplant.

Info: Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW), Griesbachstr. 1, 76185 Karlsruhe, Tel. 0721 5600-0, [poststelle\[at\]lubw.bwl.de](mailto:poststelle[at]lubw.bwl.de), www.lubw.baden-wuerttemberg.de

BRANDENBURG

Auszeichnung von Engagierten für Europa im Rahmen der Europawoche

Als Höhepunkt der jährlich stattfindenden Europawoche hat die brandenburgische Finanz- und Europa-ministerin Katrin Lange am 8. Mai 2020 in Potsdam 17 Personen, Initiativen und Organisationen des Landes mit der Europaurkunde ausgezeichnet. Mit der Urkunde wird das Engagement für die Europäische Idee und ein Miteinander über Nationalgrenzen hinweg geehrt. Die Preisträger*innen kommen aus verschiedenen Bereichen wie Kultur, Handwerk, Kommunales, Zivilgesellschaft, Justiz, Schule und Sport. Die an Schulen geplanten Veranstaltungen fielen in diesem Jahr aufgrund der Corona-Pandemie aus. Auch die feierliche Übergabe findet in veränderter Weise statt: Die Europaurkunden werden zusammen mit einem Buchgeschenk an die Preisträger*innen geschickt. Die Zeremonie wird nachgeholt. Wie Brandenburgs Euro-

pastaatssekretär und Polenbeauftragter Jobst-Hinrich Ubbelohde anlässlich der Urkundenverleihung hervorhob, haben die Grenzschießungen im Rahmen der Pandemie das erforderliche und gewinnbringende miteinander sowie die Zusammenarbeit in Europa wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt.

Info: Ministerium der Finanzen und für Europa, Presseabteilung, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Ansprechpartner: Ingo Decker, Tel. 0301 866-6007, [ingo.decker\[at\]mdfe.brandenburg.de](mailto:ingo.decker[at]mdfe.brandenburg.de), mdfe.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.666284.de

BREMEN

17. Bremer Solidaritätspreis zum Thema Gewalt an Frauen und Mädchen

Im Jahr 2021 soll mit dem 17. Bremer Solidaritätspreis zivilgesellschaftliches Engagement gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gewürdigt werden. Es werden Akteur*innen aus dem Globalen Süden gesucht, die Gewalt an Frauen und Mädchen durch Prävention, Empowerment und Lobbyarbeit für verbesserte rechtliche und politische Rahmenbedingungen bekämpfen. Ebenso richtet sich der Preis an Akteur*innen, die sich vor Ort für betroffene Frauen und Mädchen einsetzen. Gewalt an Frauen und Mädchen ist eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen und ein Haupthindernis für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung. Das Thema für den Preis wurde bereits vor Beginn der COVID-19-Pandemie festgelegt, doch hat diese die Brisanz der Problematik noch einmal deutlich erhöht. Die gravierenden Auswirkungen der Pandemie, wie steigende Arbeitslosigkeit und Existenzängste gepaart mit zum Teil strikten Kontakt- und Ausgangsverboten, führen seit Beginn der Pandemie weltweit zu einem Anstieg insbesondere häuslicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Der Bremer Preis wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Vorschläge für mögliche Preisträger*innen können bis zum 15. Juli 2020 eingereicht werden.

Info: Senatskanzlei Freie Hansestadt Bremen, Ansgaritorstr. 22, 28195 Bremen, Ansprechpartnerin: Silke Goethe, Tel. 0421 361-2987, [silke.goethe\[at\]jsk.bremen.de](mailto:silke.goethe[at]jsk.bremen.de), www.rathaus.bremen.de/solidaritaetspreis

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern zu Rassismus

In seinem aktuellen Aufruf „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen - Der Kampf gegen Rassismus muss zu einer Sache von allen werden“ bezieht das Eine-Welt-Landesnetzwerk Stellung zu den bundesweit zunehmenden rassistisch motivierten Übergriffen. Auch die Arbeit der eigenen Mitglieder werde zunehmend durch Anfeindungen erschwert, informiert das Netzwerk. So seien die Namen von Engagierten auf sogenannten „Feindeslisten“ zu finden, eine Mitgliedsorganisation habe das Büro wechseln müssen. In dem Aufruf heißt es: „Rassismus findet statt. Auf der Straße, in unseren Köpfen und im Internet. Auch die Institutionen sind davon nicht ausgenommen.“ Statt von staatlicher Seite Unterstützung zu erhalten, so die Kritik, müssten zivilgesellschaftliche Organisationen, die Einfluss auf die politische Willensbildung nähmen, den Entzug der Gemeinnützigkeit fürchten. „Wir brauchen gerade jetzt mehr Mut und Stimme statt weniger Mitsprache“, heißt es in dem Appell, der mit der Aufforderung endet, dass der Kampf gegen Rassismus zu einer Sache von allen werden müsse. Die Stellungnahme ist auf der Website des Landesnetzwerkes unter www.eine-welt-mv.de zu finden.

Info: Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e. V., Kröpelinstr. 10, 18055 Rostock, Tel. 0381 3676746-0, [info\[at\]eine-welt-mv.de](mailto:info[at]eine-welt-mv.de), www.eine-welt-mv.de

NIEDERSACHSEN

Stärkung der Demokratiebildung in Schulen

Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat einen umfassenden Maßnahmenplan zum Ausbau der Demokratiebildung an niedersächsischen Schulen vorgestellt. Ziel des Maßnahmenplans ist es, das Engagement gegen die Zunahme von Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus sowie Fake News zu unterstützen. Der Maßnahmenplan will eine demokratische und partizipative Schulkultur fördern. Innovative Projekte, Netzwerkverbände und Kooperationen mit außerschulischen zivilgesellschaftlichen Partner*innen werden gefördert. Das Angebot richtet sich insbesondere an Lehrer*innen, die in ihren Aus- und Weiterbildungen zu Fragen der Demokratiebildung geschult werden sollen. Expert*innen der Friedens- und Konfliktthilfearbeit werden eingeladen, um an Schulen Vorträge und Workshops zu halten. Im Primarbereich werden bereits bestehende Projekte zur Mitwirkung von Schüler*innen zu einem landesweiten Netzwerk von Kinderrehteschulen zusammengeführt. Weiterhin möchte das Land einen Demokratie- und einen Nachhaltigkeitspreis verleihen, um engagierte Schulen auszuzeichnen. Der Maßnahmenplan wurde am 10. März 2020 im Rahmen der Initiative „Demokratisch gestalten“ präsentiert.



Die Initiative zielt darauf ab, Kinder und Jugendliche in ihrem Wissen und Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu stärken.

Info: Niedersächsisches Kultusministerium, Hans-Böckler-Allee 5, 30173 Hannover, Ansprechpartnerin: Jasmin Schönberger, Tel. 0511 120-7198, [jasmin.schoenberger\[at\]mk.niedersachsen.de](mailto:jasmin.schoenberger[at]mk.niedersachsen.de), www.mk.niedersachsen.de

RHEINLAND-PFALZ

Corona-Hilfsfonds für Ruanda

Der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz und der Präsident des Partnerschaftsvereins Rheinland-Pfalz-Ruanda, Richard Auernheimer, haben einen Fonds für Corona-Soforthilfen für Ruanda bekanntgegeben. Der Fonds setzt sich aus einem Förderbetrag des Innenministeriums in Höhe von 10.000 Euro sowie Spenden zusammen. „Die Basis der Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda zielt auf die langfristige und partnerschaftliche Verbindung von Mensch zu Mensch, die sich besonders dadurch auszeichnet, dass sie in schwierigen Zeiten Bestand hat“, erklärten die beiden Verantwortlichen anlässlich einer Pressekonferenz am 3. Mai 2020. Ziel des Fonds ist es, schnell und flexibel auf lokale Notsituationen in Ruanda zu reagieren. Da zum Beispiel viele Familien durch den Wegfall von Verdienstmöglichkeiten Schwierigkeiten haben, die Schulgebühren aufzubringen, können die Mittel des Fonds u. a. dafür eingesetzt werden, diesen negativen Effekt für Schüler*innen abzufedern. Land und Partnerschaftsverein arbeiten mit den ruandischen Behörden, Kirchen sowie befreundeten Organisationen auf lokaler Ebene zusammen. Weitere Informationen sind auf der Website des Ministeriums des Innern und für den Sport unter „Pressemitteilungen“ zu finden.

Info: Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz, Tel. 06131 16-0, www.mdi.rlp.de

SAARLAND

Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für 2020

Das Ministerium für Bildung und Kultur hat über die Zuwendungen für Entwicklungszusammenarbeit für 2020 entschieden. Es wurde vom Beirat „Entwicklungszusammenarbeit“ unterstützt. Als Entscheidungsgrundlage dienten die Richtlinien zur Förderung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Saarlandes. Der Schwerpunkt der Förderung liegt auf kleinen und mittleren Projekten, die der Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse dienen, zur Gleichstellung der Frau beitragen und ökologische Aspekte berücksichtigen. Etwa die Hälfte der Anträge befasst sich mit entwicklungspolitischer Bildungsarbeit im Inland, die vom Allerweltbasar bis zu Upcycling-Projekten reichen. Die in diesem Jahr geförderten Auslandsprojekte umfassen u. a. Brunnenbohrungen, die Anschaffung von solarbetriebener Beleuchtung, den Bau von Toilettenanlagen sowie einer Photovoltaik-Anlage. 2020 werden 22 Anträge mit einem Gesamtvolumen

von knapp 140.000 Euro gefördert. Das Eine-Welt-Promotor*innen Programm ist hiervon ausgenommen und wird davon unabhängig seit 2016 durch das Ministerium für Bildung und Kultur, in diesem Jahr mit 149.600 Euro, co-finanziert.

Info: Ministerium für Bildung und Kultur, Referat B5, Trierer Str. 33, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartnerin: Katrin Frey, Tel. 0681 501-7923, [k.frey\[at\]bildung.saarland.de](mailto:k.frey[at]bildung.saarland.de), www.saarland.de/entwicklungszusammenarbeit.htm

SACHSEN

Projekte zur Pandemieeindämmung in Afrika

Der Freistaat weitet angesichts der COVID-19-Pandemie seine Unterstützung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aus. Für zusätzliche Projekte, u. a. in Afrika, werden in diesem Jahr 200.000 Euro bereitgestellt. Ziel des Sonderprogramms sei es, so Staatskanzleichef Oliver Schenk in einer Presseerklärung vom 28. Mai 2020, mehrere Präventionsprojekte auf den Weg zu bringen. Dazu gehörten z. B. die Verbesserung hygienischer Bedingungen an Schulen und das Aufstellen lokal produzierter Handwaschstationen. In seiner Erklärung würdigte Schenk zugleich das Engagement der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Sachsen und rief dazu auf, deren Projekte zusätzlich mit Spenden zu unterstützen. Dorothea Trappe, die Geschäftsführerin des entwicklungspolitischen Netzwerkes in Sachsen (ENSA), wies auf die Dringlichkeit der Unterstützung für die Zivilgesellschaft hin. Als konkrete Projekte nannte sie Herstellung und Vertrieb von Atemschutzmasken in Burkina Faso sowie die Anschaffung von Beatmungsgeräten in Tansania. Anträge zum Sonderprogramm können von sächsischen Organisationen bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken (www.nord-sued-bruecken.de/saechsische-staatskanzlei-auslandsprojektfoerderung) gestellt werden.

Info: Sächsische Staatskanzlei, Referat 33, Archivstr. 1, 01097 Dresden, Ansprechpartner: Christoph Schmitt, Tel. 0351 564-13350, [christoph.schmitt\[at\]sk.sachsen.de](mailto:christoph.schmitt[at]sk.sachsen.de), www.sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

NUN-Zertifizierungen für Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die langjährige NUN-Partnerschaft (Norddeutsch Und Nachhaltig) der Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wird durch Sach-

sen-Anhalt gestärkt. Der Beitritt wurde durch den Beschluss der länderübergreifenden Lenkungsgruppe (LÜL) am 16. September 2019 vereinbart und wird durch eine Vier-Ländervereinbarung im Juni 2020 besiegelt. In der Folge konnten die notwendigen Schritte, wie die Leitbildentwicklung, vorbereitet werden. Mit der Teilnahme an dem NUN-Prozess stellt sich der non-formale Bildungsbereich in Sachsen-Anhalt den Qualitätsanforderungen an eine hochwertige Bildung. Zudem wird die Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt und in allen Bildungsbereichen verankert. Mit dem Landeszentrum Wald Sachsen-Anhalt ist ein fester Ansprechpartner für außerschulische Bildungseinrichtungen verfügbar. Die ersten drei Workshops mit dem Thema „Leitbildentwicklung - für eine zielgerichtete Bildungsarbeit“ wurden durchgeführt und positiv von Bildungsakteur*innen angenommen.

Im Juni 2020 wird die Zertifizierungskommission berufen und der Prozess der Begleitung erster Zertifizierungen fortgeführt.

Info: Landeszentrum Wald Sachsen-Anhalt - Haus des Waldes, Schloss 2a, 39343 Hundisburg, Ansprechpartnerin: Susanne Schönwald, Tel. 03904 668757, s.schoenwald@lzw.mlu.sachsen-anhalt.de, www.hausdeswaldes.sachsen-anhalt.de

Fachtag Friedensbildung des Netzwerks Friedensbildung Mitteldeutschland

Der 3. Fachtag Friedensbildung des Mitteldeutschen Netzwerks Friedensbildung findet vom 6. bis 7. November 2020 in Halle a. d. Saale statt. Er ist dem Thema „Klima und Frieden - #FriedenforFuture“ gewidmet. Auf dem interaktiven Fachtag werden die Themen Klima und Frieden zusammengedacht und für die Bildungsarbeit sowie das zivilgesellschaftliche Engagement weiterentwickelt. Fragestellungen wie „Was verbindet das Engagement für Frieden mit dem Engagement für Klimagerechtigkeit?“ und „Wie können etablierte und neue Akteur*innen zusammen an diesen Fragen arbeiten?“ stehen im Mittelpunkt der Diskussion. Ebenso geht es um Formate, die Klima und Frieden als Themen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit etablieren. Auch der ländliche Raum wird in den Blick genommen. Der Fachtag richtet sich an Praktiker*innen der Bildungsarbeit, pädagogische Fachkräfte, Aktivist*innen und zukünftige Multiplikator*innen. Vorschläge für interaktive Angebote können vorab eingereicht werden. Das Netzwerk Friedensbildung Mitteldeutschland versammelt Bildungsaktive, die sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für Friedensbildung und -pädagogik einsetzen.

Info: Netzwerk Friedensbildung Mitteldeutschland, c/o Friedenskreis Halle e. V., Große Klausstr. 11, 06108 Halle/Saale, Tel. 0345 279807-10, Ansprechpartnerin: Julia Wenger, julia.wenger@friedenskreis-halle.de www.friedensbildung-mitteldeutschland.de

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611 9446170, Fax 0611 446489
infostelle@wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Kambiz Ghawami als V. i. S. d. P.,
Antonia Dausner, Dr. Ursula Grünenwald,
Andrea Petretti, Anne-Sophie Tramer

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich),
ansicht Kommunikationsagentur, www.ansicht.com

ABONNEMENT

Der Rundbrief erscheint 4 x pro Jahr. Er ist kostenfrei.
Bestellung per E-Mail an infostelle@wusgermany.de
oder Tel. 0611 9446170.

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare sind erwünscht. ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.



EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Vorträge sowie über Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator*innen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.eine-welt-veranstaltungskalender.de